

An den Ministerpräsidenten  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Herrn Hendrik Wüst  
Stadttor 1  
40190 Düsseldorf

Hamm, 7. Mai 2024

**Offener Brief an den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen zu  
akuten Gefahren für Demokratie und Rechtsstaat**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Als Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen e.V. sehen wir uns angesichts aktueller Entwicklungen veranlasst, Sie auf konkrete Gefahren für unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat hinzuweisen. Zugleich verbinden wir dies mit der Bitte, im Rahmen der aktuellen Haushaltsgespräche Einfluss zu nehmen, um die unabhängige Justiz wieder vollständig funktionsfähig zu machen und sie langfristig, auch vor demokratiefeindlichen Einflüssen, zu schützen.

Unsere große Sorge betrifft im Moment vor allem die Situation in den Staatsanwaltschaften in unserem Lande. Mit Bestürzung haben wir den Bericht des Ministers der Justiz in der Pressekonferenz vom 26.04.2024 hierzu zur Kenntnis genommen. Danach sind bei einem Bedarf von 1.818 Stellen für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte tatsächlich nur 1.528 im Haushalt vorgesehen und hiervon nur 1.415 besetzt. Für eine ordnungsgemäße Strafverfolgung fehlen also 403 Kolleginnen und Kollegen (Besetzungslücke 113 Kolleginnen und Kollegen plus 290 fehlende Stellen).

Dafür, dass auch von den vorhandenen Stellen aktuell 113 nicht besetzt werden können, gibt es Gründe: Die Justiz ist für gute und sehr gute Absolventinnen und Absolventen zunehmend vor allem (aber nicht nur) finanziell unattraktiv geworden. Diese bewerben sich entweder erst gar nicht in der Justiz oder verlassen diese wieder, weil

die Verdienstmöglichkeiten in mittelgroßen Rechtsanwaltskanzleien und in der Wirtschaft schon zum *Berufseinstieg* deutlich besser als das sind, was man in der Justiz am Ende eines Berufslebens im Beförderungsamte erreichen kann.

Der Minister der Justiz hat das Problem erkannt. Er ergreift jedoch Maßnahmen, die entweder neue Probleme verursachen oder sogar dauerhaft strukturellen Schaden für die Justiz und den Rechtsstaat anrichten können: Er möchte 120 Richterstellen in Stellen für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte umwandeln und die Einstellungsbedingungen für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte - zunächst befristet – herabsetzen.

Zwar kann durch die Verlagerung von 120 Richterstellen – wenn sie denn im staatsanwaltschaftlichen Dienst besetzt werden können – die Not in den Staatsanwaltschaften mittelfristig ein wenig gelindert werden. Aber hierdurch werden stattdessen im Bereich der Richterschaft Lücken aufgerissen. Bildlich gesprochen: eine zu kurze Decke kann nur oben *oder* unten wärmen.

Ein Absenken der Einstellungsbedingungen für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte ist im Hinblick auf die berechtigten Sicherheitsinteressen unserer Gesellschaft nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Unser Rechtsstaat erfordert in allen Rechtsbereichen dauerhaft eine starke Justiz, die mit sehr gut ausgebildeten Richterinnen, Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten besetzt ist.

Wir fordern Sie auf, sich in den laufenden Haushaltsverhandlungen für geeignete Maßnahmen einzusetzen, um diese akuten Probleme in der Justiz zu lösen und unseren Rechtsstaat - auch entsprechend den Forderungen der EU-Kommission - dauerhaft zu stärken. Folgende Maßnahmen halten wir für dringend notwendig:

1. Wir fordern Sie auf, mindestens 290 weitere Stellen für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte im Haushalt für 2025 vorzusehen.
2. Um die Berufe in der Justiz dauerhaft attraktiv zu halten und für ausreichende Bewerberinnen und Bewerber zu sorgen, muss die Grundbesoldung für Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte ganz erheblich angehoben werden.

3. Die Mittel für die Digitalisierung der Justiz dürfen keinesfalls gekürzt werden. Schon jetzt gibt es im Rahmen der Einführung der Digitalisierung ganz erhebliche Probleme, durch die die Arbeit innerhalb der Justiz neben dem Personal-mangel ganz erheblich behindert wird.
4. Die beabsichtigte Reduktion der Zahl der Ausbildungsplätze für Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare muss gestoppt werden, da hierdurch das Problem der Nachwuchsgewinnung verschärft würde: weniger Absolventen bedeuten nicht nur weniger Bewerber für die Justiz, sondern auch für alle anderen juristischen Berufe.

Demokratie und Rechtsstaat benötigen eine starke dritte Staatsgewalt. Im Moment kann die Justiz aufgrund mangelnder Rahmenbedingungen durch den Gesetzgeber ihre Aufgaben insbesondere im Bereich der Strafverfolgung nicht zeitnah und angemessen erfüllen. Die Stimmung in der Justiz, insbesondere im Bereich der Staatsanwaltschaften, hat einen Tiefpunkt erreicht. Die Wahrnehmung der Justiz in der Gesellschaft scheint entsprechend zu sein, wie sich auch aus den Reaktionen auf das Ausscheiden der Cum-Ex- Ermittlerin Anne Brorhilker ablesen lässt.

Als Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen bitten wir Sie daher dringend, diesen Gefahren für unseren Rechtsstaat mit geeigneten Maßnahmen entgegenzuwirken und bitten um Ihre Antwort, was geschehen soll. Dabei stehen wir Ihnen gerne als Ansprechpartner bzw. für Gespräche zur Verfügung.

Dem Minister der Justiz haben wir dieses Schreiben zur Kenntnis gebracht und ebenfalls höflich um eine Antwort gebeten.

Hochachtungsvoll



Christian Friehoff  
Vorsitzender



Prof. Dr. Gerd Hamme  
Geschäftsführer